

Übersicht: Zugang zum SGB II und zur Erwerbstätigkeit für drittstaatsangehörige Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

| Kapitel 2 Abschnitt 1 – Allgemeines | | | | |
|-------------------------------------|--|--|--|---|
| Art des Titels | | Ausländerrechtliche SGB II-Berechtigung? | Zugang zur Beschäftigung? | Zugang zur Selbstständigkeit? |
| § 4 Abs. 2 AufenthG | Aufenthaltserlaubnis (AE) für türkische Staatsbürger*innen nach Assoziationsabkommen EWG/Türkei | ja | Ja | Ja |
| § 6 Abs. 1 AufenthG | Visum für die Durchreise oder Flughafentransit („A- und B-Visum“); Schengen-Visum für einen kurzfristigen Aufenthalt („C-Visum“) | <p>i. d. R. nein, mangels gewöhnlichen Aufenthalts und § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SGB II</p> <p>In bestimmten Fällen (z. B. Familienangehörige von Deutschen und Ausländer*innen mit humanitärem Aufenthalt in gemeinsamer BG) kann auch mit Schengenvisum ein Anspruch auf Bürgergeld bestehen. Ansonsten: Anspruch auf Überbrückungsleistungen nach § 23 Abs. 3 Satz 3ff SGB XII.</p> | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde |
| § 6 Abs. 3 AufenthG | Nationales Visum für längerfristigen Aufenthalt („D-Visum“) | <p>In wenigen Fällen: nein. (Leistungsausschluss in den ersten drei Monaten, § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SGB II).</p> <p>In anderen Fällen: ja. Z. B.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einreise aus humanitären Gründen (z. B. mit Visum für § 22 oder 23 Abs. 2 bis 4), • Familiennachzug zu Deutschen oder zu Personen mit einem Aufenthaltstitel nach Abschnitt 5 oder zu erwerbstätigen Personen <p>Dann gilt der Leistungsausschluss in den ersten drei Monaten des § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SGB II nicht (vgl. BSG, Urteil vom 30.1.2013; B 4 AS 37/12 R; Fachliche Hinweise zu § 7 SGB II; 1.4.9.4).</p> | i. d. R. ja (abhängig vom anschließend zu erteilenden Aufenthaltstitel, § 6 Abs. 3 S. 2, § 4a Abs. 1 AufenthG) | i. d. R. ja (abhängig vom anschließend zu erteilenden Aufenthaltstitel, § 6 Abs. 3 S. 2, § 4a Abs. 1; § 21 Abs. 6 AufenthG) |
| § 7 Abs. 1 Satz 3 AufenthG | Aufenthaltserlaubnis (AE) in Sonderfällen | ja | Mit Erlaubnis der ABH (§ 7 Abs. 3 S. 4 AufenthG) | Mit Erlaubnis der ABH (§ 7 Abs. 3 S. 4; § 21 Abs. 6 AufenthG) |
| § 9 AufenthG | Niederlassungserlaubnis (NE) | ja | ja | ja |
| § 9a – c AufenthG | Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU | ja | ja | ja |

Kapitel 2 Abschnitt 3 – Aufenthalt zum Zweck der Ausbildung

| Art des Titels | | Ausländerrechtliche SGB II-Berechtigung? | Zugang zur Beschäftigung? | Zugang zur Selbstständigkeit? |
|--------------------------------|--|---|---|---|
| § 16a Abs. 1 AufenthG | AE für betriebliche Aus- und Weiterbildung | ja | Zusätzlich zur Ausbildung: 20 Wochenstunden (§ 16a Abs. 3 S. 1 AufenthG). | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde (§ 21 Abs. 6) |
| | | | Darüber hinaus gehende Beschäftigungen können mit Zustimmung der BA durch die Ausländerbehörde erlaubt werden | |
| § 16a Abs. 2 AufenthG | AE für schulische Berufsausbildung | Ja. | Zusätzlich zur Ausbildung: 20 Wochenstunden (§ 16a Abs. 3 S. 1 AufenthG). Notwendige Praktika sind ohne Zustimmung der BA mit Erlaubnis der Ausländerbehörde möglich. | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde (§ 21 Abs. 6). |
| | | Aber § 7 Abs. 5 SGB II (Ausschluss bei BAföG-förderfähiger Ausbildung) beachten, dann besteht nur Anspruch auf Leistungen nach § 27 SGB II. | Darüber hinaus gehende Beschäftigungen können mit Zustimmung der BA durch die Ausländerbehörde erlaubt werden. | |
| § 16b Abs. 1, 5 und 7 AufenthG | AE zum Zweck des Studiums | Ja. | Berechtigt zu Beschäftigungen von insgesamt 140 ganzen Tagen im Jahr oder im Rahmen der Werksstudierendenregelung sowie zusätzlich zur Ausübung studentischer Nebentätigkeiten und vorgeschriebener bzw. erforderlicher Praktika (§ 16b Abs. 3 AufenthG). | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde (§ 21 Abs. 6). |
| | | Aber § 7 Abs. 5 SGB II (Ausschluss bei BAföG-förderfähiger Ausbildung) beachten, dann besteht nur Anspruch auf Leistungen nach § 27 SGB II. | Darüber hinaus gehende Beschäftigungen können mit Zustimmung der BA durch die Ausländerbehörde erlaubt werden. | |
| | | Während eines Aufenthalts für studienvorbereitende Maßnahmen oder Sprachkurse (§ 16b Abs. 1 Nr. 1 und 2 bzw. § 16b Abs. 5 Nr. 2 und 3 AufenthG) könnte der Leistungsausschluss gem. § 7 Abs. 1 S. 2 Nr. 2b) SGB II greifen (vgl.: LSG Rheinland-Pfalz, Beschluss vom 10.10.2024; L 6 AS 144/24 B ER) | | |

| Kapitel 2 Abschnitt 3 – Aufenthalt zum Zweck der Ausbildung | | | | |
|---|---|---|--|---|
| Art des Titels | | Ausländerrechtliche SGB II-Berechtigung? | Zugang zur Beschäftigung? | Zugang zur Selbstständigkeit? |
| § 16c AufenthG | Aufenthalt <i>ohne Aufenthaltstitel</i> zum Zweck des Studiums in Deutschland für bis zu 360 Tage für Personen mit einem Aufenthaltstitel zum Zweck des Studiums eines anderen EU-Staats („mobile Studierende“) | Ja. | Berechtigt zu Beschäftigungen von insgesamt 140 ganzen Tagen im Jahr oder im Rahmen der Werksstudierendenregelung sowie zusätzlich zur Ausübung studentischer Nebentätigkeiten und vorgeschriebener bzw. erforderlicher Praktika (§ 16c Abs. 2 S. 3; § 16b Abs. 3 AufenthG). | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde (§ 4a Abs. 4 AufenthG) |
| | | Aber § 7 Abs. 5 SGB II (Ausschluss bei BAföG-förderfähiger Ausbildung) beachten, dann besteht nur Anspruch auf Leistungen nach § 27 SGB II. | Darüber hinaus gehende Beschäftigungen können mit Zustimmung der BA durch die Ausländerbehörde erlaubt werden. | |
| § 16d Abs. 1 AufenthG | AE für Anerkennung einer ausländischen Berufsqualifikation | ja | Mit Zustimmung der BA hinsichtlich einer betrieblichen Bildungsmaßnahme. | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde (§ 21 Abs. 6 AufenthG) |
| | | | Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt zur Ausübung einer von der Bildungsmaßnahme unabhängigen Beschäftigung bis zu 20 Stunden je Woche (§ 16d Abs. 1 S. 4 AufenthG). | |
| | | | Sie berechtigt zu einer zeitlich unbegrenzten Beschäftigung, deren Anforderungen mit dem angestrebten Beruf in Zusammenhang stehen, wenn die BA zugestimmt hat (§ 16d Abs. 2 AufenthG). | |
| | | | Darüber hinaus gehende Beschäftigungen können mit Zustimmung der BA durch die Ausländerbehörde erlaubt werden. | |

| Kapitel 2 Abschnitt 3 – Aufenthalt zum Zweck der Ausbildung | | | | |
|---|---|--|--|--|
| Art des Titels | | Ausländerrechtliche SGB II-Berechtigung? | Zugang zur Beschäftigung? | Zugang zur Selbstständigkeit? |
| § 16d Abs. 3 AufenthG | AE für „Anerkennungspartnerschaft“ | ja | <p>Mit Zustimmung der BA hinsichtlich der begleitenden Ausübung einer qualifizierten Beschäftigung in einem nicht reglementierten Beruf, parallel zu Qualifizierungsmaßnahmen. In bestimmten Fällen ist auch begleitende nicht-qualifizierte Beschäftigung möglich.</p> <p>Darüber hinaus gehende Beschäftigungen können mit Zustimmung der BA durch die Ausländerbehörde erlaubt werden.</p> | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde (§ 21 Abs. 6 AufenthG). |
| § 16d Abs. 4 AufenthG | AE für Anerkennung einer ausländischen Berufsqualifikation bei Vermittlungsabsprachen | ja | <p>Mit Zustimmung der BA und Erlaubnis durch die Ausländerbehörde.</p> <p>Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt zur Ausübung einer von der anzuerkennenden Berufsqualifikation unabhängigen Beschäftigung bis zu 20 Stunden je Woche (§ 16d Abs. 4 S. 3 AufenthG).</p> <p>Darüber hinaus gehende Beschäftigungen können mit Zustimmung der BA durch die Ausländerbehörde erlaubt werden.</p> | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde (§ 21 Abs. 6 AufenthG). |
| § 16d Abs. 5 AufenthG | AE zum Ablegen einer Prüfung zur Anerkennung einer ausländischen Berufsqualifikation | Ja. | Mit Zustimmung der BA und Erlaubnis durch die Ausländerbehörde. | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde (§ 21 Abs. 6 AufenthG). |
| § 16d Abs. 6 AufenthG | AE für Qualifikationsanalyse | Ja. | <p>Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt zur Ausübung einer von der Bildungsmaßnahme unabhängigen Beschäftigung bis zu 20 Stunden je Woche (§ 16d Abs. 6 S. 3 AufenthG).</p> <p>Sie berechtigt zu einer zeitlich unbegrenzten Beschäftigung, deren Anforderungen mit dem angestrebten Beruf in Zusammenhang stehen, wenn die BA zugestimmt hat (§ 16d Abs. 6 S. 3 AufenthG).</p> <p>Darüber hinaus gehende Beschäftigungen können mit Zustimmung der BA durch die Ausländerbehörde erlaubt werden.</p> | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde (§ 21 Abs. 6 AufenthG). |

| | | | | |
|-------------------|--|---|---|--|
| § 16e AufenthG | AE für studienbezogenes Praktikum-EU (max. sechs Monate) | ja | Ohne Zustimmung der BA (§ 15 Abs. 1 BeschV). Darüber hinausgehende Beschäftigungen können mit Zustimmung der BA und Erlaubnis der Ausländerbehörde erlaubt werden | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde (§ 21 Abs. 6 AufenthG). |
| § 16f AufenthG | AE für Sprachkurs, Schüler*innenaustausch oder Schulbesuch | Ja | Bei AE zum Sprachkurs: Berechtigt zu 20 Wochenstunden (§ 16f Abs. 3 S. 4 AufenthG). Darüber hinausgehende Beschäftigungen können mit Zustimmung der BA und Erlaubnis der Ausländerbehörde erlaubt werden | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde (§ 21 Abs. 6 AufenthG). |
| | | Bei Schüler*innenaustausch kann es am gewöhnlichen Aufenthalt fehlen. Dann: SGB XII | Bei AE zum Schüler*innenaustausch oder Schulbesuch: Nur mit Zustimmung der BA und Erlaubnis der Ausländerbehörde. | |
| | | § 17 AufenthG | AE für Ausbildungsplatzsuche oder Studienbewerbung | |

| Kapitel 2 Abschnitt 4 – Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit | | | | |
|---|--|---|--|--|
| Art des Titels | | Ausländerrechtliche SGB II-Berechtigung? | Zugang zur Beschäftigung? | Zugang zur Selbstständigkeit? |
| § 18a AufenthG | AE zum Zweck der qualifizierten Beschäftigung als Fachkraft mit Berufsausbildung | ja | Mit Zustimmung der BA und Erlaubnis der Ausländerbehörde für jede qualifizierte Beschäftigung. Darüber hinausgehende andere Beschäftigungen können mit Zustimmung der BA und Erlaubnis der Ausländerbehörde erlaubt werden | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde (§ 21 Abs. 6 AufenthG). |
| | | | Zustimmungsfrei für jede Beschäftigung → nach zweijähriger versicherungspflichtiger Beschäftigung → nach dreijährigem Aufenthalt (§ 9 BeschV). | |
| § 18b AufenthG | AE zum Zweck der qualifizierten Beschäftigung als Fachkraft mit akademischer Ausbildung | ja | Mit Zustimmung der BA und Erlaubnis der Ausländerbehörde für jede qualifizierte Beschäftigung. Darüber hinausgehende andere Beschäftigungen können mit Zustimmung der BA und Erlaubnis der Ausländerbehörde erlaubt werden | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde (§ 21 Abs. 6 AufenthG). |
| | | | Zustimmungsfrei für jede Beschäftigung → nach zweijähriger versicherungspflichtiger Beschäftigung → nach dreijährigem Aufenthalt (§ 9 BeschV). | |
| § 18c AufenthG | Niederlassungserlaubnis für Fachkräfte | ja | unbeschränkt | Unbeschränkt |
| 18d AufenthG | AE für Forscher*innen | ja | Berechtigt ohne Zustimmung der BA zur Aufnahme der Forschungstätigkeit bei der in der Aufnahmevereinbarung bezeichneten Forschungseinrichtung und zu Tätigkeiten in der Lehre. Darüber hinausgehende Beschäftigungen können mit Zustimmung der BA und Erlaubnis der Ausländerbehörde erlaubt werden (§ 18d Abs. 5 AufenthG). | Berechtigt zur selbstständigen Erwerbstätigkeit in der Lehre. Darüber hinaus: Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde |
| 18e AufenthG | Aufenthalt zum Zweck der Forschung <i>ohne Aufenthaltstitel</i> (kurzfristige Mobilität) für Personen mit Aufenthaltstitel eines anderen EU-Staats zum Zweck der Forschung (180 Tage pro Jahr) | i. d. R.: nein (kein gewöhnlicher Aufenthalt), stattdessen: Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach § 23 Abs. 1 SGB XII. | Berechtigt ohne Zustimmung der BA zur Beschäftigung im Rahmen der Forschungstätigkeit bei der Forschungseinrichtung und zur Aufnahme von Tätigkeiten in der Lehre. Darüber hinausgehende andere Beschäftigungen können mit Zustimmung der BA und Erlaubnis der Ausländerbehörde erlaubt werden | Berechtigt zur selbstständigen Erwerbstätigkeit in der Lehre |

| Kapitel 2 Abschnitt 4 – Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit | | | | |
|---|---|---|--|--|
| Art des Titels | | Ausländerrechtliche SGB II-Berechtigung? | Zugang zur Beschäftigung? | Zugang zur Selbstständigkeit? |
| 18f AufenthG | AE für Forscher*innen (langfristige Mobilität), die im Besitz eines Aufenthaltstitels zum Zweck der Forschung eines anderen EU-Staats sind (mehr als 180 Tage, max. ein Jahr) | ja | Berechtigt ohne Zustimmung der BA zur Beschäftigung bei der in der Aufnahmevereinbarung bezeichneten Forschungseinrichtung und zur Aufnahme von Tätigkeiten in der Lehre (§ 18f Abs. 3 AufenthG). Darüber hinaus gehende Beschäftigungen können mit Zustimmung der BA und Erlaubnis der Ausländerbehörde erlaubt werden. | Berechtigt zur selbstständigen Erwerbstätigkeit in der Lehre. Darüber hinaus: Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde |
| § 18g AufenthG | Blaue Karte-EU | ja | Normale Blaue Karte: Mit Erlaubnis der ABH, aber ohne Zustimmung der BA. | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde (§ 21 Abs. 6 AufenthG). |
| | | | Blaue Karte in Mangelberufen und für Berufsanfänger*innen mit niedrigerer Gehaltsgrenze: Mit Erlaubnis der ABH und Zustimmung der BA. | |
| | | | Darüber hinausgehende andere Beschäftigungen können mit Zustimmung der BA und Erlaubnis der Ausländerbehörde erlaubt werden | |
| | | | Für einen Arbeitsplatzwechsel in den ersten zwölf Monaten ist keine Erlaubnis der ABH erforderlich, aber eine Mitteilung an die ABH. Diese kann den Arbeitsplatzwechsel innerhalb von 30 Tagen ablehnen (§ 18g Abs. 4 AufenthG). | |
| | | | Nach zwölfmonatigem Besitz der Blauen Karte ist jede Beschäftigung ohne Erlaubnis der Ausländerbehörde möglich | |
| § 18h AufenthG | Aufenthalt <i>ohne Aufenthaltstitel</i> : Kurzfristige Mobilität für Inhaber*innen einer Blauen Karte (bis zu 90 Tage) | i. d. R.: nein (kein gewöhnlicher Aufenthalt), stattdessen: Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach § 23 Abs. 1 SGB XII. | Berechtigt zur Ausübung einer geschäftlichen Tätigkeit, die im direkten Zusammenhang mit den Pflichten aus dem Arbeitsvertrag in dem anderen EU-Staat steht | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde |
| § 19 AufenthG | ICT-Karte für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer*innen innerhalb eines Unternehmens mit Sitz außerhalb der EU | ja | Mit Zustimmung der BA. Für unternehmensinterne Tätigkeit als Führungskraft, Spezialist*in oder Trainee. Darüber hinausgehende Beschäftigungen können mit Erlaubnis der Ausländerbehörde und Zustimmung der BA erlaubt werden. | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde |

| Kapitel 2 Abschnitt 4 – Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit | | | | |
|---|--|---|--|--|
| Art des Titels | | Ausländerrechtliche SGB II-Berechtigung? | Zugang zur Beschäftigung? | Zugang zur Selbstständigkeit? |
| § 19a AufenthG | Aufenthalt <i>ohne Aufenthaltstitel</i> für kurzfristig unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer*innen, die im Besitz eines ICT-Aufenthaltstitels eines anderen EU-Staats sind (bis zu 90 Tage) | i. d. R.: nein (kein gewöhnlicher Aufenthalt), stattdessen: Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach § 23 Abs. 1 SGB XII. | Unternehmensinterne Beschäftigung darf nicht zu ungünstigeren Bedingungen erfolgen, als für vergleichbare deutsche Arbeitnehmer*innen. Entscheidung trifft das BAMF. Sie kann die BA beteiligen, § 72 Abs. 7 AufenthG (kein formales Zustimmungsverfahren). | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde |
| § 19b AufenthG | Mobiler ICT-Karte für längerfristig unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer*innen, die im Besitz eines ICT-Aufenthaltstitels eines anderen EU-Staats sind (mehr als 90 Tage). | ja | Mit Zustimmung der BA. Für unternehmensinterne Tätigkeit als Führungskraft, Spezialist*in oder Trainee. Darüber hinausgehende Beschäftigungen können mit Erlaubnis der Ausländerbehörde und Zustimmung der BA erlaubt werden. | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde |
| 19c Abs. 1 AufenthG | AE für Beschäftigung unabhängig von der Qualifikation; z. B. für Pflegehelfer*innen, Berufskraftfahrer*innen, Au Pair, Freiwilligendienste, Saisonarbeit, kontingentierte Kurzzeitbeschäftigung, Staatsangehörige bestimmter Staaten (u.a. Westbalkanregelung § 26 BeschV) | Ja. | <p>Mit Zustimmung der BA. Darüber hinausgehende Beschäftigungen können mit Erlaubnis der Ausländerbehörde und Zustimmung der BA erlaubt werden.</p> <p>Zustimmungsfrei für jede Beschäftigung → nach zweijähriger versicherungspflichtiger Beschäftigung → nach dreijährigem Aufenthalt (§ 9 BeschV). (nicht angerechnet werden u. U. Beschäftigungen als Au-Pair oder Saisonarbeit).</p> <p>→ § 9 BeschV ist nicht anwendbar bei Beschäftigungen nach der Westbalkanregelung (§ 26 Abs. 2 BeschV), Pflegehilfskräften (§ 22a BeschV) und Berufskraftfahrer*innen (§ 24a BeschV).</p> | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde |

Kapitel 2 Abschnitt 4 – Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit

| Art des Titels | | Ausländerrechtliche SGB II-Berechtigung? | Zugang zur Beschäftigung? | Zugang zur Selbstständigkeit? |
|-----------------------------------|--|--|--|--|
| § 19c Abs. 2 AufenthG | AE für qualifizierte Beschäftigung mit Berufserfahrung (§ 6 BeschV) | ja | Mit Zustimmung der BA. Darüber hinausgehende Beschäftigungen können mit Erlaubnis der Ausländerbehörde und Zustimmung der BA erlaubt werden. | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde |
| § 19c Abs. 3 AufenthG | AE für Beschäftigung im Einzelfall bei öffentlichem Interesse | ja | Mit Zustimmung der BA. Darüber hinausgehende Beschäftigungen können mit Erlaubnis der Ausländerbehörde und Zustimmung der BA erlaubt werden. Zustimmungsfrei für jede Beschäftigung → nach zweijähriger versicherungspflichtiger Beschäftigung → nach dreijährigem Aufenthalt (§ 9 BeschV). | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde |
| § 19c Abs. 4 S. 1 AufenthG | AE für Beamt*innen zur Erfüllung der Dienstpflichten im Bundesgebiet | ja | Ohne Zustimmung der BA für Tätigkeiten zur Erfüllung der Dienstpflichten im Bundesgebiet. Darüber hinausgehende Beschäftigungen können mit Erlaubnis der Ausländerbehörde und Zustimmung der BA erlaubt werden. Zustimmungsfrei für jede Beschäftigung → nach zweijähriger versicherungspflichtiger Beschäftigung → nach dreijährigem Aufenthalt (§ 9 BeschV). | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde |
| § 19c Abs. 4 S. 3 AufenthG | Niederlassungserlaubnis für Beamt*innen | ja | unbeschränkt | unbeschränkt |

Kapitel 2 Abschnitt 4 – Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit

| Art des Titels | | Ausländerrechtliche SGB II-Berechtigung? | Zugang zur Beschäftigung? | Zugang zur Selbstständigkeit? |
|-------------------------------------|--|--|--|--|
| § 19d Abs. 1 und 1a AufenthG | AE für qualifizierte (frühere) Geduldete zum Zweck der Beschäftigung | ja | Mit Zustimmung der BA für eine der beruflichen Qualifikation entsprechenden qualifizierten Beschäftigung. Darüber hinausgehende andere Beschäftigungen können mit Zustimmung der BA und Erlaubnis der Ausländerbehörde erlaubt werden → nach einer zweijährigen Ausübung einer der beruflichen Qualifikation entsprechenden Beschäftigung besteht Berechtigung zur Ausübung jeder Beschäftigung | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde |
| § 19e AufenthG | AE für Teilnahme am Europäischen Freiwilligendienst | Ja. | Ohne Zustimmung der BA mit Erlaubnis der Ausländerbehörde (§ 14 BeschV). Darüber hinaus gehende Beschäftigungen können mit Zustimmung der BA und Erlaubnis der Ausländerbehörde erlaubt werden. | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde |
| § 20 AufenthG | AE zur Arbeitsuche | Nein. (§ 7 Abs.1 Satz 2 Nr. 2b SGB II). Stattdessen: Anspruch auf Überbrückungsleistungen nach § 23 Abs. 3 Satz 3ff SGB XII. Nach fünfjährigem gewöhnlichen Aufenthalt: ja. (§ 7 Abs. 1 Satz 4 SGB II) | Unbeschränkt | unbeschränkt |
| § 20a AufenthG | „Chancenkarte“ | Nein. (§ 7 Abs.1 Satz 2 Nr. 2b SGB II). Stattdessen: Anspruch auf Überbrückungsleistungen nach § 23 Abs. 3 Satz 3ff SGB XII. Nach fünfjährigem gewöhnlichen Aufenthalt: ja. (§ 7 Abs. 1 Satz 4 SGB II) | Suchchancenkarte nach § 20a Abs. 1 AufenthG: Berechtigt zu 20 Stunden Beschäftigung sowie zu Probebeschäftigungen (qualifiziert) von jeweils höchstens zwei Wochen. Folgechancenkarte nach § 20a Abs. 5 S. 2ff AufenthG: mit Zustimmung der BA und Erlaubnis der ABH qualifizierte Beschäftigung ohne zeitliche Obergrenze | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde |

| Kapitel 2 Abschnitt 4 – Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit | | | | | |
|--|--|---|-------------------------------------|--|--|
| Art des Titels | | Ausländerrechtliche SGB II-Berechtigung? | Zugang zur Beschäftigung? | Zugang zur Selbstständigkeit? | |
| § 21 AufenthG | AE für selbstständige Tätigkeit | ja | Unbeschränkt (§ 4a Abs. 2 AufenthG) | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde | |
| § 21 Abs. 4 S. 2 AufenthG | Niederlassungserlaubnis für Selbstständige | ja | unbeschränkt | unbeschränkt | |

| Kapitel 2 Abschnitt 5 – Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen | | | | |
|--|---|---|--|-------------------------------|
| Art des Titels | | Ausländerrechtliche SGB II-Berechtigung? | Zugang zur Beschäftigung? | Zugang zur Selbstständigkeit? |
| § 22 Satz 1 AufenthG | AE zur Aufnahme aus dem Ausland | ja | unbeschränkt | unbeschränkt |
| § 22 Satz 2 AufenthG | AE zur Aufnahme aus dem Ausland nach Erklärung des BMI | ja | unbeschränkt | Unbeschränkt |
| § 23 Abs. 1 AufenthG | AE nach Aufenthaltsgewährung durch die obersten Landesbehörden (z.B. „Altfallregelung“) | ja | Ohne Zustimmung der BA. Ob eine Erlaubnis durch die Ausländerbehörde erforderlich ist, hängt von der Aufnahmeanordnung ab. | Je nach Aufnahmeanordnung |
| § 23 Abs. 1 AufenthG mit dem Zusatz „wegen des Krieges im Heimatland“ | AE nach Aufenthaltsgewährung durch die obersten Landesbehörden (z. B. Länderaufnahmeprogramme für syrische Familienangehörige) | Nein (§ 7 Abs.1 Satz 2 Nr. 3 SGB II) Stattdessen Leistungen nach AsylbLG. | Ohne Zustimmung der BA. Ob eine Erlaubnis durch die Ausländerbehörde erforderlich ist, hängt von der Aufnahmeanordnung ab. | Je nach Aufnahmeanordnung |
| § 23 Abs. 2 AufenthG | AE nach Aufenthaltsgewährung bei besonders gelagerten politischen Interessen („Kontingentflüchtlinge“, Bundesaufnahmeprogramme) | ja | unbeschränkt | Unbeschränkt |
| § 23 Abs. 2 AufenthG | Niederlassungserlaubnis nach Aufenthaltsgewährung bei besonders gelagerten politischen Interessen | ja | unbeschränkt | Unbeschränkt |
| § 23 Abs. 4 AufenthG | AE für „Resettlement“ | ja | unbeschränkt | Unbeschränkt |

| Kapitel 2 Abschnitt 5 – Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen | | | | |
|--|--|--|--|--|
| Art des Titels | | Ausländerrechtliche SGB II-Berechtigung? | Zugang zur Beschäftigung? | Zugang zur Selbstständigkeit? |
| § 23 Abs. 4 AufenthG | Niederlassungserlaubnis für „Resettlement“ | ja | unbeschränkt | unbeschränkt |
| § 23a AufenthG | AE in Härtefällen (nach Ersuchen durch die Härtefallkommission des Bundeslandes) | ja | unbeschränkt | unbeschränkt |
| § 24 AufenthG | AE zum vorübergehenden Schutz nach Beschluss des Rates der EU (aktuell: Geflüchtete aus der Ukraine) | ja | unbeschränkt | unbeschränkt |
| § 25 Abs. 1 AufenthG | AE für anerkannte Asylberechtigte | ja | unbeschränkt | Unbeschränkt |
| § 25 Abs. 2 Alt. 1 AufenthG | AE für anerkannte Flüchtlinge | ja | unbeschränkt | Unbeschränkt |
| § 25 Abs. 2 Alt. 2 AufenthG | AE für subsidiär Geschützte | ja | unbeschränkt | unbeschränkt |
| § 25 Abs. 3 AufenthG | AE bei nationalem Abschiebungsverbot | ja | unbeschränkt | unbeschränkt |
| § 25 Abs. 4 S. 1 AufenthG | AE zum vorübergehenden Aufenthalt aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen | Nein (§ 7 Abs.1 Satz 2 Nr. 3 SGB II) Stattdessen Leistungen nach AsylbLG. | Ohne Zustimmung der BA Erlaubnis durch die Ausländerbehörde ist erforderlich | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde |

| Kapitel 2 Abschnitt 5 – Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen | | | | |
|--|---|--|--|--|
| Art des Titels | | Ausländerrechtliche SGB II-Berechtigung? | Zugang zur Beschäftigung? | Zugang zur Selbstständigkeit? |
| § 25 Abs. 4 S. 2 AufenthG | AE bei Vorliegen einer außergewöhnlichen Härte | Ja | Ohne Zustimmung der BA Erlaubnis durch die Ausländerbehörde ist erforderlich | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde |
| § 25 Abs. 4a AufenthG | AE für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution | Ja | Ohne Zustimmung der BA Erlaubnis durch die Ausländerbehörde ist erforderlich | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde |
| § 25 Abs. 4b AufenthG | AE für Opfer von Arbeitsausbeutung | Ja | Ohne Zustimmung der BA Erlaubnis durch die Ausländerbehörde ist erforderlich | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde |
| § 25 Abs. 5 AufenthG wenn die Aussetzung der Abschiebung (i.d.R. erstmalige Erteilung einer Duldung) 18 Monate oder länger zurückliegt | AE bei rechtlichem oder tatsächlichen Ausreisehindernis | Ja | unbeschränkt | unbeschränkt |
| § 25 Abs. 5 AufenthG wenn die Aussetzung der Abschiebung (i.d.R. erstmalige Erteilung einer Duldung) weniger als 18 Monate zurückliegt | AE bei rechtlichem oder tatsächlichen Ausreisehindernis | Nein (§ 7 Abs.1 Satz 2 Nr. 3 SGB II) Stattdessen Leistungen nach AsylbLG | unbeschränkt | unbeschränkt |
| § 104c AufenthG | „Chancen-Aufenthaltsrecht“ | ja | unbeschränkt | unbeschränkt |

| Kapitel 2 Abschnitt 5 – Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen | | | | |
|--|--|--|---------------------------|-------------------------------|
| Art des Titels | | Ausländerrechtliche SGB II-Berechtigung? | Zugang zur Beschäftigung? | Zugang zur Selbstständigkeit? |
| § 25a Abs. 1 AufenthG | AE für gut integrierte Jugendliche oder Heranwachsende nach vierjährigem Aufenthalt | ja | unbeschränkt | unbeschränkt |
| § 25a Abs. 2 Satz 1, 2, 3 oder 5 AufenthG | AE für die Eltern, Ehegatten, Lebenspartner*innen und Geschwister der gut integrierten Jugendlichen oder Heranwachsenden | ja | unbeschränkt | unbeschränkt |
| § 25b Abs. 1 AufenthG | AE bei nachhaltiger Integration („Bleiberechtsregelung“) | ja | unbeschränkt | unbeschränkt |
| § 25b Abs. 4 AufenthG | AE für Ehegatten, Lebenspartner*innen und minderjährigen ledigen Kindern von Bleibberechtigten | ja | unbeschränkt | unbeschränkt |
| § 26 Abs. 3 AufenthG | Niederlassungserlaubnis für anerkannte Asylberechtigte und Personen mit Internationalem Schutz nach 3 Jahren Aufenthalt | ja | unbeschränkt | Unbeschränkt |
| § 26 Abs. 4 AufenthG | Niederlassungserlaubnis für sonstige humanitäre Aufenthaltzwecke nach 5 Jahren Aufenthalt | ja | unbeschränkt | Unbeschränkt |

| Kapitel 2 Abschnitt 6 – Aufenthalt aus familiären Gründen | | | | |
|--|--|---|----------------------------------|--------------------------------------|
| Art des Titels | | Ausländerrechtliche SGB II-Berechtigung? | Zugang zur Beschäftigung? | Zugang zur Selbstständigkeit? |
| § 28 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG | AE für Ehegatten und Lebenspartner von Deutschen | ja | unbeschränkt | Unbeschränkt |
| § 28 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG | AE für minderjährige Kinder von Deutschen | ja | unbeschränkt | Unbeschränkt |
| § 28 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG | AE für Eltern von minderjährigen deutschen Kindern | ja | unbeschränkt | Unbeschränkt |
| § 30 AufenthG | AE für Ehegatten oder Lebenspartner*innen von Ausländer*innen | ja | Unbeschränkt | Unbeschränkt |
| § 31 Abs. 1, 2 und 4 AufenthG | AE für eigenständiges Aufenthaltsrecht nach Trennung oder Scheidung | ja | unbeschränkt | Unbeschränkt |
| § 31 Abs. 3 AufenthG | NE nach Trennung oder Scheidung | ja | unbeschränkt | Unbeschränkt |
| § 32 AufenthG | AE für minderjährige Kinder von Ausländer*innen | ja | Unbeschränkt | Unbeschränkt |
| § 33 AufenthG | AE für im Inland geborene Kinder | ja | unbeschränkt | Unbeschränkt |
| § 34 Abs. 2 AufenthG | AE als eigenständiges Aufenthaltsrecht für volljährig gewordene Kinder | ja | unbeschränkt | Unbeschränkt |
| § 35 AufenthG | NE für über 16jährige Kinder nach fünfjährigem Aufenthalt | ja | unbeschränkt | Unbeschränkt |
| § 36 Abs. 1 AufenthG | AE für die Eltern von unbegleiteten minderjährigen Asylberechtigten, Personen mit Internationalem Schutz oder im Resettlement Aufgenommene | ja | unbeschränkt | Unbeschränkt |
| § 36 Abs. 2 AufenthG | AE für sonstige Familienangehörige bei Vorliegen einer außergewöhnlichen Härte | ja | Unbeschränkt | Unbeschränkt |
| § 36a AufenthG | AE für Familienangehörige von Personen mit subsidiärem Schutz | ja | Unbeschränkt | Unbeschränkt |

| Kapitel 2 Abschnitt 7 – Besondere Aufenthaltsrechte | | | | |
|---|--|--|---|--|
| Art des Titels | | Ausländerrechtliche SGB II-Berechtigung? | Zugang zur Beschäftigung? | Zugang zur Selbstständigkeit? |
| § 37 AufenthG | AE für Rückkehrberechtigte | ja | unbeschränkt | Unbeschränkt |
| § 38 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG | NE für ehemalige Deutsche | ja | unbeschränkt | Unbeschränkt |
| § 38 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG | AE für ehemalige Deutsche | ja | Unbeschränkt | Unbeschränkt |
| § 38 Abs. 2 AufenthG | AE für ehemalige Deutsche | ja | unbeschränkt | unbeschränkt |
| § 38a AufenthG | AE für in einem anderen Uni- onsstaat langfristig Aufent- haltsberechtigte | ja | Mit Zustimmung der BA für jede Tätig- keit unabhängig von der Qualifikation als Fachkraft. | Berechtigt zur selbstständigen Tätigkeit ent- sprechend § 21 AufenthG, wenn: → ein wirtschaftliches Interesse oder ein regionales Bedürfnis besteht, → die Tätigkeit positive Auswirkungen auf die Wirtschaft erwarten lässt und → die Finanzierung der Umsetzung durch Eigenkapital oder durch eine Kreditzusage gesichert ist. |
| | | | Zustimmungsfrei für betriebliche Aus- bildung. Nach einjähriger Beschäftigung berech- tigt die AE zu jeder Erwerbstätigkeit. | Unabhängig von diesen Voraussetzungen z. B. für Freiberufliche Tätigkeit sowie für Ab- solventen deutscher Hochschulen für eine dem Abschluss entsprechende Selbststän- digkeit. Nach einem Jahr besteht die Be- rechtigung zu jeder Erwerbstätigkeit. |

| Sonstige Aufenthaltspapiere | | | | |
|-----------------------------|---|--|---|--|
| Art des Papiers | | Ausländerrechtliche SGB II-Berechtigung? | Zugang zur Beschäftigung? | Zugang zur Selbstständigkeit? |
| § 81 Abs. 3 Satz 1 AufenthG | Fiktionsbescheinigung („Erlaubnisfiktion“) | i.d.R.: ja (abhängig vom gewöhnlichen Aufenthalt und ausländerrechtlicher Erwerbsfähigkeit). | Nein, laut Auffassung der Verwaltungsvorschriften zum AufenthG | nein |
| | | <p>In jedem Fall nach Antrag auf § 24 (auch ohne ausländerrechtliche Erwerbsfähigkeit und ohne gewöhnlichen Aufenthalt, § 74 SGB II).</p> <p>In jedem Fall nach Flüchtlingsanerkennung und Zuerkennung des subsidiären Schutzes (vgl. Fachliche Hinweise zu § 7 SGB II, Randnummer 7.59)</p> <p>Auch für Familienangehörige von Deutschen oder Ausländer*innen besteht SGB-II-Berechtigung (auch ohne Erlaubnis zur Erwerbstätigkeit), wenn ein erwerbsfähiger Leistungsberechtigter in der Bedarfsgemeinschaft existiert (→ Sozialgeld!), vgl. LSG Hessen, L 7 AS 334/11 B ER</p> | <p>Für anerkannte Asylberechtigte sowie Personen, denen Internationaler Schutz zuerkannt worden ist, besteht jedoch abweichend davon die Berechtigung zu jeder Erwerbstätigkeit aufgrund der Richtlinie 2011/95/EU (Art. 26 Abs. 1) unabhängig vom Vorliegen des Aufenthaltstitels.</p> <p>Nach einem Antrag auf § 24 (Vorübergehender Schutz Ukraine) ist schon mit der Fiktionsbescheinigung die Erwerbstätigkeit zu erlauben (vgl.: BMI, Schreiben vom 22. September 2022, S. 16, https://t1p.de/w6muv).</p> <p>Bei einem Antrag auf einen Aufenthaltstitel für Ausbildung oder Erwerbstätigkeit (Kapitel 2, Abschnitte 3 oder 4) ist die angestrebte Erwerbstätigkeit schon mit Fiktionsbescheinigung ab „Veranlassung der Ausstellung“ des Aufenthaltstitels erlaubt (§ 81 Abs. 5a AufenthG).</p> | <p>Für anerkannte Asylberechtigte sowie Personen, denen Internationaler Schutz zuerkannt worden ist, besteht jedoch abweichend davon die Berechtigung zu jeder Erwerbstätigkeit aufgrund der Richtlinie 2011/95/EU (Art. 26 Abs. 1) unabhängig vom Vorliegen des Aufenthaltstitels.</p> <p>Nach einem Antrag auf § 24 (Vorübergehender Schutz Ukraine) ist schon mit der Fiktionsbescheinigung die Erwerbstätigkeit zu erlauben (vgl.: BMI, Schreiben vom 22. September 2022, S. 16, https://t1p.de/w6muv).</p> <p>Bei einem Antrag auf einen Aufenthaltstitel für Ausbildung, Studium oder Erwerbstätigkeit (Kapitel 2, Abschnitte 3 oder 4) ist die angestrebte Erwerbstätigkeit schon mit Fiktionsbescheinigung ab „Veranlassung der Ausstellung“ des Aufenthaltstitels erlaubt (§ 81 Abs. 5a AufenthG).</p> |
| § 81 Abs. 3 Satz 2 AufenthG | Fiktionsbescheinigung („Duldungsfiktion“) | Nein (§ 7 Abs.1 Satz 2 Nr. 3 SGB II) Stattdessen Leistungen nach AsylbLG | Regelungen wie bei der Duldung | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde |
| § 81 Abs. 4 AufenthG | Fiktionsbescheinigung („Fortgeltungsfiktion“) | Ja, soweit mit dem vorher bestehenden Aufenthaltstitel SGB-II-Berechtigung bestand. | Ja, soweit mit dem vorher bestehenden Aufenthaltstitel die Beschäftigung erlaubt war. Ansonsten: mit Erlaubnis der Ausländerbehörde möglich. | Ja, soweit mit dem vorher bestehenden Aufenthaltstitel die Selbstständigkeit erlaubt war. |

| Sonstige Aufenthaltspapiere | | | | |
|-----------------------------|---------|---|--|--|
| Art des Papiers | | Ausländerrechtliche SGB II-Berechtigung? | Zugang zur Beschäftigung? | Zugang zur Selbstständigkeit? |
| § 60a AufenthG | Duldung | Nein (§ 7 Abs.1 Satz 2 Nr. 3 SGB II) Stattdessen: Leistungen nach AsylbLG | <p>In den ersten drei Monaten des Aufenthalts: nein (Ausnahmen s. u.)</p> <p>In Landeseinrichtungen: Nach sechs Monaten Duldungszeit mit Zustimmung der BA und Erlaubnis der Ausländerbehörde.</p> <p>Nach Zuweisung in eine Kommune: Nach drei Monaten Aufenthaltszeit: Mit Zustimmung der BA und Erlaubnis durch die Ausländerbehörde, wenn kein Beschäftigungsverbot vorliegt.</p> <p>Nach Zuweisung in eine Kommune gilt: → betriebliche Berufsausbildung ab dem ersten Tag des Aufenthalts ohne Zustimmung der BA möglich. Eine Erlaubnis durch die Ausländerbehörde ist dennoch erforderlich. → Praktika entsprechend § 22 Abs. 1 Nr. 1-4 des Mindestlohngesetzes, Praktika im Rahmen eines EU-geförderten Programms sowie Freiwilligendienste sind ab dem ersten Tag des Aufenthalts ohne Zustimmung der BA möglich. Eine Erlaubnis durch die Ausländerbehörde ist dennoch erforderlich. → Nach dem vierten Jahr des Aufenthalts ist jede Tätigkeit ohne Zustimmung der BA möglich. Eine Erlaubnis durch die Ausländerbehörde ist dennoch erforderlich. → Auf die genannten Wartefristen werden Zeiten des Besitzes einer Aufenthaltsgestattung, einer BüMA oder eines erlaubten Aufenthalts angerechnet.</p> | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde |

| Sonstige Aufenthaltspapiere | | | | |
|--|--|---|---|--|
| Art des Papiers | | Ausländerrechtliche SGB II-Berechtigung? | Zugang zur Beschäftigung? | Zugang zur Selbstständigkeit? |
| § 60a in Verbindung mit § 60b AufenthG | Duldung für Personen „mit ungeklärter Identität“ | Nein (§ 7 Abs.1 Satz 2 Nr. 3 SGB II) Stattdessen: Leistungen nach AsylbLG | nein | nein |
| § 60a Absatz 2 Satz 3 in Verbindung mit § 60c AufenthG | Ausbildungsduldung | Nein (§ 7 Abs.1 Satz 2 Nr. 3 SGB II) Stattdessen: Leistungen nach AsylbLG | Anspruch auf Erteilung der Erlaubnis zur Beschäftigung für Ausbildung, wenn die Voraussetzungen für die Ausbildungsduldung erfüllt sind | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde |
| § 60a Absatz 2 Satz 3 in Verbindung mit § 60d AufenthG | Beschäftigungsduldung | Nein (§ 7 Abs.1 Satz 2 Nr. 3 SGB II) Stattdessen: Leistungen nach AsylbLG | Wie bei Duldung nach § 60a | Wie bei Duldung nach § 60a |

| Sonstige Aufenthaltspapiere | | | | |
|-----------------------------|--|---|---|--|
| Art des Papiers | | Ausländerrechtliche SGB II-Berechtigung? | Zugang zur Beschäftigung? | Zugang zur Selbstständigkeit? |
| § 55 AsylG § 63 a AsylG | Aufenthaltsgestattung Ankunftsachweis | Nein (§ 7 Abs.1 Satz 2 Nr. 3 SGB II) Stattdessen: Leistungen nach AsylbLG | In Landesaufnahmeeinrichtungen während der ersten neun Monaten: nein. | Nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde |
| | | | <p>Nach sechs Monaten Dauer des Asylverfahrens besteht unter bestimmten Bedingungen Anspruch auf die Erteilung der Beschäftigungserlaubnis (mit Zustimmung der BA).</p> <p>Außerhalb von Landesaufnahmeeinrichtungen: Nach drei Monaten des Aufenthalts mit Zustimmung der BA und Erlaubnis durch die Ausländerbehörde möglich</p> <p>Nach Zuweisung in eine Kommune gilt: → betriebliche Berufsausbildung nach dem dritten Monat des Aufenthalts ohne Zustimmung der BA möglich. Eine Erlaubnis durch die Ausländerbehörde ist dennoch erforderlich. → Praktika entsprechend § 22 Abs. 1 Nr. 1-4 des Mindestlohngesetzes, Praktika im Rahmen eines EU-geförderten Programms sowie Freiwilligendienste sind nach dem dritten Monat des Aufenthalts ohne Zustimmung der BA möglich. Eine Erlaubnis durch die Ausländerbehörde ist dennoch erforderlich. → Nach dem vierten Jahr des Aufenthalts ist jede Tätigkeit ohne Zustimmung der BA möglich. Eine Erlaubnis durch die Ausländerbehörde ist dennoch erforderlich. → Auf die genannten Wartefristen werden Zeiten des Besitzes einer Duldung, einer BüMA oder eines erlaubten Aufenthalts angerechnet.</p> | |

Freizügigkeitsgesetz: Aufenthaltskarte für Familienangehörige von Unionsbürger_innen

| Art des Papiers | | Ausländerrechtliche SGB II-Berechtigung? | Zugang zur Beschäftigung? | Zugang zur Selbstständigkeit? |
|----------------------|--|--|--|--|
| § 5 FreizügG | Aufenthaltskarte für freizügigkeitsberechtigte Familienangehörige von Unionsbürger*innen | Ja, wenn für die*den Unionsbürger*in ebenfalls Anspruch auf Leistungen nach SGB II oder Hilfe zum Lebensunterhalt / Grundsicherung nach SGB XII besteht. | Ja – unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Familienangehörigen. → Art. 23 der Unionsbürgerrichtlinie | Ja – unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Familienangehörigen. → Art. 23 der Unionsbürgerrichtlinie |
| § 4a FreizügG | Daueraufenthaltskarte Aufenthaltskarte für Familienangehörige von Unionsbürger*innen | ja | Ja | ja |

Diese Tabelle ist als grober Überblick gedacht, die keinesfalls jeden Einzelfall berücksichtigt. Zudem gibt es zu bestimmten Konstellationen unterschiedliche Möglichkeiten der Rechtsauslegung, manche Fragen sind auch noch nicht abschließend geklärt. Insofern können die in dieser Tabelle dargestellten Zugänge nicht in jedem Fall als verbindlich geltende Ansprüche aufgefasst werden. Die in dieser Tabelle dargestellten Regelungen geben vielmehr die Rechtsauffassung des Verfassers wieder. Dazu noch einige ergänzende Hinweise:

- Für den Zugang zum SGB II wird als Anspruchsvoraussetzung gem. § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 SGB II stets der „gewöhnliche Aufenthalt“ im Bundesgebiet vorausgesetzt. Den gewöhnlichen Aufenthalt hat jemand nach der Legaldefinition des § 30 Absatz 3 Satz 2 SGB I dort, wo er sich unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, dass er an diesem Ort oder in diesem Gebiet nicht nur vorübergehend verweilt. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass am angemeldeten Wohnsitz auch der gewöhnliche Aufenthalt begründet wird. Der gewöhnliche Aufenthalt ist nicht allein aufgrund eines befristeten Aufenthaltstitels zu verneinen. Das Bundessozialgericht hat dazu entschieden: *„Jedenfalls für den Bereich des SGB II läuft es der Vereinheitlichung des Begriffs des gewöhnlichen Aufenthalts zuwider, wenn unter Berufung auf eine sog Einfärbungslehre vor allem des früheren 4. Senats des BSG (...) dem Gesetzeswortlaut nicht zu entnehmende Tatbestandsmerkmale im Sinne von rechtlichen Erfordernissen zum Aufenthaltsstatus aufgestellt werden (...) und damit einzelnen Personengruppen der Zugang zu existenzsichernden Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts versperrt wird. (...) Ein (...) zu dem gewöhnlichen Aufenthalt hinzutretendes Anspruchsmerkmal im Sinne des Innehabens einer bestimmten Freizügigkeitsberechtigung nach dem FreizügG/EU bzw eines bestimmten Aufenthaltstitels nach dem AufenthG fehlt im SGB II.“* (BSG, Urteil vom 30.1.2013, B 4 AS 54/12 R). Daher kann auch mit einem nur kurzfristig befristeten Aufenthaltstitel der „gewöhnliche Aufenthalt“ im Sinne des SGB II gegeben sein. Aus ausländerrechtlicher Perspektive spricht dafür zudem, dass grundsätzlich jede Aufenthaltserlaubnis im Inland durch einen anderen Aufenthaltstitel verlängert werden kann (§ 39 Nr. 1 AufenthV). Zudem stehen auch kurzfristige Aufenthaltstitel in den allermeisten Fällen einer Verfestigung offen. So kann sich an eine Aufenthaltserlaubnis nach § 16d zum Zwecke des beruflichen Anerkennungsverfahrens eine Aufenthaltserlaubnis für die Arbeitsuche und danach für die qualifizierte Beschäftigung als Fachkraft nahtlos anschließen. Frühere Zweckwechselverbote sind weitgehend gestrichen worden. Der gewöhnliche Aufenthalt kann daher bereits von Beginn des Aufenthalts anzunehmen sein. Dies ist jedoch einzelfallbezogen, aufgrund der tatsächlichen individuellen Situation, zu beurteilen.
- Die Erwerbsfähigkeit gem. § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 SGB II ist eine weitere Voraussetzung für einen Zugang zu den Leistungen des SGB II. Für Ausländer*innen setzt dies gem. § 8 Abs. 2 SGB II voraus, dass *„ihnen die Aufnahme einer Beschäftigung erlaubt ist oder erlaubt werden könnte. Die rechtliche Möglichkeit, eine Beschäftigung vorbehaltlich einer Zustimmung nach § 39 des Aufenthaltsgesetzes aufzunehmen, ist ausreichend.“* Die Fachlichen Hinweise der BA zu § 8 SGB II stellen dazu ergänzend fest: *„Sofern noch kein Aufenthaltstitel mit Erlaubnis zur Ausübung einer Beschäftigung bzw. ein Aufenthaltstitel mit nur beschränkter Erlaubnis zur Beschäftigung vorliegt, reicht es für die Beurteilung der Erwerbsfähigkeit aus, dass ein Aufenthaltstitel mit*

Erlaubnis zur Ausübung einer Beschäftigung theoretisch erfolgen könnte (vergleiche oben Rz. 8.14).“ Dies führt dazu, dass eine abstrakte ausländerrechtliche Erwerbsfähigkeit auch anzunehmen ist, wenn noch kein Aufenthaltstitel mit der Berechtigung zu einer konkreten Erlaubnis zur Erwerbstätigkeit erteilt worden ist, aber theoretisch denkbar ist. Vom Umfang her beschränkte Zulassungen zur Beschäftigung (z. B. 140 Tage im Jahr bei Studierenden oder 20 Wochenstunden bei Auszubildenden oder bei Sprachkursen) reichen für die ausländerrechtliche Erwerbsfähigkeit aus. Personen, denen gar keine Erwerbstätigkeit erlaubt ist bzw. erlaubt werden könnte (z. B. mit Erlaubnisfiktion oder visumfreien Aufenthalt), können als Angehörige einer Bedarfsgemeinschaft dennoch Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II für nicht Erwerbsfähige (das frühere „Sozialgeld“) haben.

- **Wichtig:** Wenn in dieser Tabelle ein Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II vermerkt ist, bedeutet dies nicht, dass die Inanspruchnahme dieser Leistungen ausländerrechtlich unschädlich ist. Vielmehr ist nach § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AufenthG der gesicherte Lebensunterhalt grundsätzlich eine Regelvoraussetzung für die Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltstiteln. Für bestimmte, insbesondere humanitäre, Aufenthaltstitel ist demgegenüber stets von der Voraussetzung eines gesicherten Lebensunterhalts abzusehen. In anderen Fällen humanitärer Aufenthaltstitel besteht Ermessen, auf den gesicherten Lebensunterhalt als Voraussetzung zu verzichten. Für die übrigen Aufenthaltstitel gilt: In individuell begründeten Ausnahmefällen muss von der Lebensunterhaltssicherung abgesehen werden. Nur für wenige Aufenthaltstitel (Aufenthaltsurlaubnisse für den Zweck der Arbeits- und Ausbildungsplatzsuche) ist der gesicherte Lebensunterhalt eine zwingende Voraussetzung, von der keine Ausnahme gemacht werden darf.

Autor: GGUA Flüchtlingshilfe e. V. / Projekt Q

Claudius Voigt

Hafenstr. 3-5, 48153 Münster.

Fon: 0251-1448626

voigt@ggua.de

www.einwanderer.net

Stand: Januar 2025

